

Antrag

der Fraktion der CDU/CSU

Den MINUSMA-Einsatz der Bundeswehr rasch aber geordnet in diesem Jahr beenden – Unser zukünftiges Engagement im Sahel mit einer Gesamtstrategie auf eine solide und tragfähige Grundlage stellen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Deutschland beteiligt sich seit 2013 mit inzwischen bis zu 1.400 Soldatinnen und Soldaten an der durch die Vereinten Nationen geführten Mission MINUSMA (United Nations Multidimensional Integrated Stabilization Mission in Mali). Der bisherige Einsatz von MINUSMA war nicht wirkungslos. Insbesondere die Vernetzung von zivilem Engagement zur entwicklungspolitischen Unterstützung, Stabilisierung und Begleitung staatlicher und nichtstaatlicher Strukturen zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung, sowie das militärische Engagement mit dem Ziel einer Verbesserung der Sicherheitslage, als Voraussetzung für das Wirken ziviler Akteure, konnte für einige Regionen Malis Fortschritte herbeiführen.

In der gesamten Sahel-Zone haben sich jedoch sowohl die Sicherheitslage als auch die politische Situation im Laufe des vergangenen Jahres zum Teil dramatisch verschlechtert. Jüngste Negativentwicklung ist die Aufforderung der Putschregierung in Burkina Faso, die nur noch einen Teil des Landes kontrolliert, an die französische Regierung, sämtliche Truppen aus dem Land abzuziehen (24. Januar 2023). Zugleich hat eine Reihe europäischer Staaten, so zum Beispiel das Vereinigte Königreich und Schweden, um die neben Deutschland wichtigsten Truppensteller zu nennen, ihr militärisches Engagement bei MINUSMA oder in anderweitigen Einsätzen in Mali beendet oder eine Beendigung in den kommenden Monaten angekündigt. Durch den schrittweisen Rückzug französischer und weiterer internationaler Streitkräfte mit entscheidenden Fähigkeiten für die Auftrags Erfüllung aus der Region schwindet der Einfluss des politischen Westens, zur Verbesserung der Sicherheitslage, der politischen Stabilisierung Malis und zu wirtschaftlichen und sozialen Verbesserungen für die Menschen beizutragen. Dies ist in Teilen direkte Folge der oftmals fehlenden Kooperationsbereitschaft der amtierenden Militärregierung in Mali, die dem Engagement der internationalen Staatengemeinschaft immer wieder interessengeleitete, bürokratische oder politische Hürden in den Weg legt. Stattdessen arbeitet die malische Militärregierung vor allem mit Russland immer enger zusammen, das mittels „Wagner-Truppen“ im Land militärisch immer aktiver wird. Aber auch andere Akteure, wie die Türkei, die Vereinigten Arabischen Emirate und weitere, haben die strategische Bedeutung der Region erkannt und ihren Einfluss ausgeweitet. Als direkte Folge hat sich in den vergangenen Monaten vor allem nach dem Abzug Frankreichs – dem weitere wichtige Nationen wie das Vereinigte Königreich folgten – die Sicherheitslage deutlich verschärft, weil wesentliche

militärische Fähigkeiten u. a. für die Terrorismusbekämpfung nicht mehr vorhanden waren, malische Sicherheitskräfte allein nicht den Umfang und die Durchsetzungsfähigkeit haben, die notwendig sind, um flächendeckend die Sicherheit zu gewährleisten. Instabilität sowie terroristische Strukturen greifen immer mehr auch in die Küstenanrainerstaaten in Westafrika und am Golf von Guinea aus. Damit drohen mühsam erreichte Entwicklungsfortschritte zunichtegemacht und jedes weitere Engagement erschwert bis unmöglich zu werden – mit weiterer Auswirkung auf die Region.

Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag hat die Gefahr einer kritischen Entwicklung der Region bereits frühzeitig erkannt und in ihrem Positionspaper „Unterstützung für die Sahelregion – Die Stabilität Nord- und Westafrikas ist im deutschen Interesse“ vom 12. Mai 2020 sowohl unser strategisches Interesse an der Stabilität in der Region unterstrichen als auch Bedingungen für ein fortgesetztes und umfassendes deutsches und europäisches Engagement in der Region formuliert. Die aufgeführten Maßnahmen wurden sowohl durch die Bundesregierung als auch durch Partner nur zum Teil umgesetzt. Die neue Bundesregierung hat der Region trotz der negativen Entwicklungen vor Ort die ihr gebührende politische Aufmerksamkeit bis zum heutigen Tage nicht gewidmet, obwohl der Einsatz deutscher Streitkräfte unter dem Dach von MINUSMA und der militärischen Trainings- und Ausbildungsmission EUTM Mali bis heute der größte und zusehends auch gefährlichste deutsche Auslandseinsatz ist.

Als Deutscher Bundestag sind wir dem Wohl unserer Soldatinnen und Soldaten in besonderer Weise verpflichtet. Für uns ist zentral und alleiniger Maßstab jedes militärischen Engagements der Bundeswehr, dass die vom Deutschen Bundestag in den Einsatz entsandten Soldaten ihren politischen und militärischen Auftrag auch erfüllen können. Doch der Auftrag der Bundeswehr in der Mission MINUSMA ist seit Monaten nicht mehr sachgerecht, teilweise gänzlich nicht ausführbar und damit im Lichte der Auftragszielsetzung weitgehend wirkungslos. Die Verweigerung von Genehmigungen zum Einsatz von Aufklärungsdrohnen, die regelmäßige Behinderung und Verzögerung von Transportflügen und die nicht durchgehend verfügbare Luftunterstützung als Rückversicherung des deutschen Kontingents, sind inakzeptable Rahmenbedingungen. Der damit nur noch punktuelle und gefährlichere Einsatz der Bundeswehr schafft nach Ansicht der Antragsteller mehr zusätzliche Gefahren, als dass ein Mehrwert für die örtliche Bevölkerung und deutsche Interessen geschaffen wird. Eine Perspektive gibt es ebenso wenig wie ein politisches Rahmenkonzept der Bundesregierung. Das von der Bundesregierung im Dezember 2022 angekündigte sogenannte strukturierte Auslaufmandat bis zum Mai 2024 stellt eine unnötige Verlängerung des Einsatzes der Soldatinnen und Soldaten dar, vergrößert ihre Gefährdungslage unnötig, verkommt zum bloßen „Dableiben“ und entbehrt damit jeder Rechtfertigungsgrundlage. Der Verbleib der deutschen Soldatinnen und Soldaten wird damit begründet, dass das Abhalten von angekündigten Wahlen Anfang 2024 in Mali noch durch Anwesenheit von deutschen Kräften unterstützt werden soll. Diese sind zu diesem Zeitpunkt aber bereits ausschließlich mit dem Rückbau und Abwicklung des Einsatzes der Bundeswehr bis zum 31. Mai 2024 beschäftigt. Da nach den bisherigen Erfahrungen nicht davon ausgegangen werden kann, dass sich die derzeitigen, der Auftragserfüllung der Bundeswehr abträglichen Rahmenbedingungen umgehend einschneidend verbessern, sehen wir keine sinnvolle und vertretbare Möglichkeit, die Soldatinnen und Soldaten wie von der Bundesregierung geplant bis zum Mai 2024 in Mali zu belassen, sondern fordern einen schnellstmöglichen und geordneten Abzug unserer Soldatinnen und Soldaten bis spätestens Ende 2023.

Gleichwohl bleiben die Herausforderungen in Mali und in der gesamten Region, vor allem mit Blick auf Entwicklungsperspektiven, Verringerung der Fluchtursachen, politische Stabilität und Sicherheit, bestehen. Die Sahel-Region grenzt unmittelbar an die europäische Gegenküste des Maghreb, hat vielfältige Beziehungen zu Europa und ist geopolitisch von größter Bedeutung für unseren Kontinent. Die Durchlässigkeit der

Grenzen zu den Maghreb-Staaten sorgt dafür, dass Entwicklungen in der Sahel-Region fast ohne Verzug und sehr unmittelbar auch uns betreffen. Dies gilt für den Terrorismus, die tieferen Fluchtursachen für Migration wie die schlechte Sicherheitslage, Instabilität, Perspektivlosigkeit und Armut bis hin zur Migration aus der Region selbst. Deutschland muss diesen Herausforderungen begegnen, neben diplomatischen Bemühungen auch weiterhin mit geeigneten Instrumenten der Entwicklungszusammenarbeit und der zivilen Stabilisierung. Dafür braucht es aber dringend einen politischen Rahmen, den die Bundesregierung bislang noch nicht geschaffen hat.

Stabilität, Entwicklung und Sicherheit im Sahel liegen im deutschen und europäischen Interesse. Der Wettbewerb gegen andere um Einfluss in der Region, zuvorderst Russland, muss aber parallel angegangen werden; dafür tut die Bundesregierung bislang strategisch zu wenig. Dazu gehört auch, die Chancen wirtschaftlicher Kooperation wahrzunehmen und zu nutzen. Die Sahel-Region bietet ungeheures Potenzial für die Zusammenarbeit in der Energiewirtschaft und der nachhaltigen Landwirtschaft und damit für die junge Bevölkerung der Sahel-Staaten die Grundlage für Bleibeperspektiven und eine dynamische Wirtschaftsentwicklung.

- II. Vor diesem Hintergrund fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf,
1. den Einsatz der Bundeswehr im Rahmen der MINUSMA-Mission unter den derzeitigen Rahmenbedingungen, die eine substanzielle Verbesserung nicht erwarten lassen, rasch und geordnet, aber bis spätestens Ende 2023 zu beenden;
 2. schnellstmöglich eine ressortübergreifende, umfassende und europäisch abgestimmte Strategie für die deutsche Politik gegenüber den Sahel-Staaten und Westafrika zu erarbeiten, die auf unseren Interessen und Werten fußt und den Rahmen für das zukünftige mögliche diplomatische und entwicklungspolitische, gegebenenfalls aber auch, wo nötig und erfolgversprechend, militärische deutsche Engagement bildet;
 3. den aus den Berliner Konferenzen entstandenen Prozess zum Frieden in Libyen konsequent fortzuentwickeln und auf Fragen der Sahel-Region auszuweiten, um die politische Bedeutung und das Interesse zur Stabilisierung der Region zu unterstreichen, etwa durch die Einberufung einer „Sahel-Konferenz“ durch Deutschland und Frankreich;
 4. den deutschen Beitrag zur Mission EUTM Mali/Sahel fortzusetzen und gegebenenfalls auszuweiten, beispielsweise durch eine zu prüfende Ausweitung des Engagements in Niger auch mit einem robusten Mandat oder anderer verlässlicher Partner in der Region;
 5. die Zusammenarbeit mit den verlässlichen Partnern in der Region weiter zu intensivieren und dem Einfluss Russlands in der Region strategisch in enger Abstimmung mit westlichen Partnern entgegenzutreten;
 6. einen Anstoß für eine europäische Konzeption zur Sicherheitsunterstützung der Küstenanrainerstaaten, insbesondere Senegal, Elfenbeinküste, Ghana, Togo und Benin zu geben;
 7. die Entwicklungspolitik für die Sahel-Region neu zu konzipieren mit dem Ziel, zusätzlich zu den aktuellen Schwerpunktbereichen wie zum Beispiel Ernährungssicherung und Klimaanpassung schnell Berufs- und Einkommenschancen für die rasch wachsende junge Bevölkerung zu schaffen und so Lebens- und Bleibeperspektiven zu bieten; gleichzeitig dafür zu sorgen, dass laufende Entwicklungs- und Hilfsprojekte möglichst auch unter veränderten Sicherheitsbedingungen fortgeführt werden können;

8. die Möglichkeiten des Global Gateway zu nutzen, um neue wirtschaftliche und gesellschaftliche Zusammenarbeit in der Sahel-Region zu ermöglichen;
9. zu prüfen, inwieweit Rüstungsexportrichtlinien so angepasst werden müssen, dass sie die Ertüchtigung der Staaten der Region auch materiell ermöglichen, um den berechtigten Sicherheitsinteressen von Staaten der Region entgegenzukommen und ihnen die Möglichkeit zu geben, aus einer einseitigen Abhängigkeit von Russland zu entkommen;
10. den Schwerpunkt „Good Governance“ mit deutlich mehr Nachdruck und mit klarer Konditionalisierung zu verfolgen, damit demokratische Strukturen und Prozesse sukzessive wieder eingeführt und verbreitet werden können.

Berlin, den 7. Februar 2023

Friedrich Merz, Alexander Dobrindt und Fraktion